

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absatz 4, Artikel 9 Absatz 2 sowie Artikel 12 Absatz 2;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 – Artikel 2 des Erlasses der Regierung über die selbstständigen Tagesmütter/-väter wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 15 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 16 wird eingefügt:

„16. verminderte Elternbeiträge: die verminderte Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten in Anwendung der im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführten Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten;“

2. Folgende Nummer 17 wird eingefügt:

„17. Onlineportal: eine den Dienstleistern sowie den Erziehungsberechtigten zur Verfügung gestellte digitale Plattform der Kinderbetreuung zur Information, Reservierung, Verwaltung und Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen.“

Art. 2 – In Artikel 6 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, wird die Wortfolge „Artikeln 29, 30, 31 und 58.1“ durch die Wortfolge „Artikeln 29, 29.2, 29.3, 30, 31, 50.1 und 58.1“ ersetzt.

Art. 3 – In Artikel 7 Nummer 1 desselben Erlasses wird die Wortfolge „(Muster 2)“ gestrichen.

Art. 4 – Artikel 23 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

„§1 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter schließen vor Beginn der Betreuung einen schriftlichen Vertrag mit den Erziehungsberechtigten ab.

Der Betreuungsvertrag enthält zumindest:

1. die Dauer des Vertrages;
2. die Art der Dienstleistung;
3. die Betreuungszeiten;
4. die Kontaktmöglichkeiten;
5. die wichtigsten Leitlinien des im Anhang des vorliegenden Erlasses erwähnten Betreuungskonzeptes;
6. die Höhe der Elternbeiträge;
7. die Rechte und Pflichten der Erziehungsberechtigten;
8. die Rechte und Pflichten der/des selbstständigen Tagesmutter/-vaters;
9. die Dauer der Kündigungsfrist;
10. die Angaben zu der in Artikel 26 erwähnten Beschwerdemöglichkeit;
11. gegebenenfalls Angaben zur Möglichkeit der Aufnahme von Praktikanten;
12. die Empfehlung für die Erziehungsberechtigten der betreuten Kinder, diese entsprechend den Richtlinien des Zentrums impfen zu lassen.

Falls die selbstständigen Tagesmütter/-väter die im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführte Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten gemäß §2 anwenden, enthält der in Absatz 2 erwähnte Betreuungsvertrag zusätzlich die Höhe der verminderten Elternbeiträge.

§2 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können die im Anhang zum Erlass vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung aufgeführte Tabelle zur Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten anwenden, insofern letztere Anspruch auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung haben. Zu diesem Zweck reichen die Erziehungsberechtigten vor Vertragsabschluss einen separaten Beleg bei den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern ein.

Erwerben die Erziehungsberechtigten im Laufe der Betreuungsdauer das Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung, können die selbstständigen Tagesmütter/-väter die in Absatz 1 erwähnte Tabelle anwenden, insofern die Erziehungsberechtigten den entsprechenden Beleg bei den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern einreichen.

§3 – Die verminderten Elternbeiträge werden aufgrund der kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte des Haushaltes der Erziehungsberechtigten berechnet.

Als Nettoeinkünfte gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die in Artikel 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 erwähnten Nettoeinkünfte.

Ehepartner und Personen, die in eheähnlicher Gemeinschaft zusammenleben, sowie Alleinerziehende gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels als ein Haushalt.

Als Referenzmonat für die Berechnung der Kostenbeteiligung bei Betreuungsbeginn gilt der Monat, der dem Betreuungsbeginn vorausgeht. Ist dieser aufgrund der aktuellen Situation des Haushaltes nicht repräsentativ, gilt der nächstfolgende repräsentative Monat. Zu diesem Zweck reichen die Erziehungsberechtigten die entsprechenden Einkommensbelege bei den selbstständigen Tagesmüttern/-v Vätern ein.

Verlieren die Erziehungsberechtigten im Laufe der Betreuungsdauer ihr Anrecht auf eine erhöhte Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung, teilen sie den selbstständigen

Tagesmüttern/-vätern dies unverzüglich mit. Ab dem Monat nach Eintreten der Veränderung wenden die selbstständigen Tagesmütter/-väter den gemäß §1 Absatz 2 Nummer 6 festgelegten Elternbeitrag an.

§4 – Die Betreuung beginnt erst nach Unterzeichnung des Betreuungsvertrages durch alle Vertragsparteien.

Änderungen zu diesem Vertrag werden schriftlich festgehalten.“

Art. 5 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.1 eingefügt:

„Art. 29.1 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter können pädagogisches und technisches Material erhalten. Bei Beendigung der Tätigkeit innerhalb von drei Jahren nach Erhalt des Materials händigen die selbstständigen Tagesmütter/-väter dem Zentrum die durch die Deutschsprachigen Gemeinschaft angeschaffte Ausstattung aus.“

Art. 6 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.2 eingefügt:

„Art. 29.2 – §1 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige hauptberuflich ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 861,57 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige nebenberuflich oder in einem gleichgestellten Statut gemäß Artikel 37 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbständigen ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 574,38 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die Höchstanzahl der in Anwendung der Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze ist auf die in Artikel 19 §1 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt.

§2 – Stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter ihre Tätigkeit definitiv oder zeitweilig mehr als einen Monat am Stück ein oder wird ihnen die Anerkennung gemäß Artikel 43 entzogen, erstatten sie den Zuschuss im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück.

In Abweichung von Absatz 1 erstatten die selbstständigen Tagesmütter/-väter den Zuschuss nicht im Verhältnis zu den nicht geleisteten Tagen zurück, wenn sie ihre Tätigkeit aufgrund einer ärztlichen Krankschreibung während höchstens sechs Monaten einstellen.“

Art. 7 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 29.3 eingefügt:

„Art. 29.3 – Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, denen aufgrund verminderter Elternbeiträge in Anwendung von Artikel 23 §2 Mindereinnahmen entstehen, können einen angeglichenen Zuschuss erhalten, der der Differenz zwischen dem durch die/den selbstständigen Tagesmutter/-vater festgelegten Elternbeitrag und den gemäß Artikel 23 §§2 und 3 festgelegten verminderten Elternbeiträgen entspricht.

Der Zuschuss wird für die Betreuung von höchstens einem Platz der Kleinkindbetreuung gewährt. Ist der Platz nicht das ganze Jahr belegt, wird der Zuschuss im Verhältnis zu der Anzahl nicht belegter Tage berechnet.“

Art. 8 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018 wird folgender Artikel 29.4 eingefügt:

„Art. 29.4 – Zum Erhalt der in den Artikeln 29.2 und 29.3 aufgeführten Zuschüsse nutzen die selbstständigen Tagesmütter/-väter das Onlineportal zur Vergabe der Kinderbetreuungsplätze.“

Art. 9 – In Artikel 30 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 19. April 2018, werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die mindestens 15 Stunden im Jahr an Weiterbildungen teilnehmen, die das Zentrum anbietet oder genehmigt, erhalten eine Jahrespauschale von 101,57 Euro.

Die selbstständigen Tagesmütter/-väter, die mindestens 20 Stunden im Jahr an Weiterbildungen teilnehmen, die das Zentrum anbietet oder genehmigt, erhalten eine Jahrespauschale von 135,42 Euro.“

Art. 10 – In Artikel 32 desselben Erlasses werden folgende Absätze 2 und 3 eingefügt:

„Zum Erhalt des Zuschusses für annehmbare Funktionskosten gemäß Artikel 29.2 stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter bis zum 1. November des laufenden Jahres mittels eines vom Minister zur Verfügung gestellten Formulars einen Antrag beim Fachbereich, dem der Nachweis der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen oder der Freistellung der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen beigelegt ist.

Zum Erhalt des angeglichenen Zuschusses gemäß Artikel 29.3 stellen die selbstständigen Tagesmütter/-väter mittels eines vom Minister zur Verfügung gestellten Formulars einen Antrag beim Fachbereich, dem die Bescheinigung der erhöhten Beteiligung der Gesundheitspflegeversicherung der Erziehungsberechtigten sowie der Betreuungsvertrag beigelegt ist.“

Art. 11 – In Artikel 48 desselben Erlasses wird die Wortfolge „Artikeln 18 §1 und 19“ durch die Wortfolge „Artikeln 18 §1, 19 und 29.2 §1“ ersetzt.

Art. 12 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 50.1 eingefügt:

„Art. 50.1 - Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige hauptberuflich ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 1.148,77 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Die selbstständigen Co-Tagesmütter/-väter, die ihre Tätigkeit im Sinne der sozialen Sicherheit für Selbstständige nebenberuflich oder in einem gleichgestellten Statut gemäß Artikel 37 des Königlichen Erlasses vom 19. Dezember 1967 zur Einführung einer allgemeinen Regelung in Ausführung des Königlichen Erlasses Nr. 38 vom 27. Juli 1967 zur Einführung des Sozialstatuts der Selbstständigen ausüben, können einen Zuschuss für annehmbare Funktionskosten von höchstens 861,57 Euro pro Betreuungsplatz pro Jahr erhalten. Als annehmbare Funktionskosten gelten sowohl Kosten für die Anschaffung von pädagogischem Material als auch Ausstattungs- und Ausrüstungskosten.

Der Zuschuss wird der/dem Co-Tagesmutter/-vater ausgezahlt, mit der/dem die

Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes den Betreuungsvertrag abgeschlossen haben.

Sollte im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung eine/e andere/r Co-Tagesmutter/-vater das betroffene Kind betreuen, so hat diese/r Anrecht auf den entsprechenden Anteil des Zuschusses. Der Anteil wird auf Grundlage der effektiven Betreuungstage berechnet.

Die Höchstanzahl der in Anwendung der Absätze 1 und 2 bezuschussten Betreuungsplätze ist auf die in Artikel 50 §§1 und 2 erwähnte Höchstanzahl der Kleinkinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, begrenzt.“

Art. 13 – In denselben Erlass, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 19. Januar 2017 und 19. April 2018, wird folgender Artikel 50.2 eingefügt:

„Art. 50.2 – Der in Artikel 29.3 erwähnte angegliche Zuschuss wird an die/den selbstständige/n Co-Tagesmutter/-vater ausgezahlt, mit der/dem die Erziehungsberechtigten des betroffenen Kindes den Betreuungsvertrag abgeschlossen haben.

Sollte im Rahmen einer gemeinsamen Betreuung eine/e andere/r Co-Tagesmutter/-vater das betroffene Kind betreuen, so hat diese/r Anrecht auf den entsprechenden Anteil des angeglichenen Zuschusses. Der Anteil wird auf Grundlage der effektiven Betreuungstage berechnet.“

Art. 14 – In Nummer 4 des Anhangs desselben Erlasses wird zwischen das Wort „aus“ und den Punkt die Wortfolge „, mit Ausnahme der in Artikel 23 §2 aufgeführten vermindernden Elternbeiträge“ eingefügt.

Art. 15 – Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft, mit Ausnahme von:

1. Artikel 9, der mit Wirkung vom 1. Januar 2020 in Kraft tritt;
2. Artikel 8, der an einem von dem Minister festgelegten Zeitpunkt in Kraft tritt.

Art. 16 – Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Lydia Klinkenberg Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2021.03.30 11:59:51 +02'00'

Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung
L. KLINKENBERG

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit tot wijziging van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, vierde lid, artikel 9, tweede lid, en artikel 12, tweede lid;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit:

Artikel 1 – In artikel 2 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° in de bepaling onder 15° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een punt-komma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 16°, luidende:

"16° verminderde ouderbijdragen: de verminderde kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding met toepassing van de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvang-diensten en andere vormen van kinderopvang;"

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 17°, luidende:

"17° webportaal: een digitaal platform dat ter beschikking wordt gesteld van de dienstverrichters en de personen belast met de opvoeding voor informatie over de kinderopvang en voor het reserveren, beheren en toewijzen van plaatsen in de kinderopvang."

Art. 2 – In artikel 6 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, worden de woorden "artikelen 29, 30, 31 en 58.1" vervangen door de woorden "artikelen 29, 29.2, 29.3, 30, 31, 50.1 en 58.1".

Art. 3 – In artikel 7, 1°, van hetzelfde besluit worden de woorden "(model 2)" opgeheven.

Art. 4 – Artikel 23 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt:

"§ 1 – De zelfstandige onthaalouders sluiten voor het begin van de opvang een schriftelijk contract met de personen belast met de opvoeding.

Het opvangcontract bevat minstens de volgende gegevens:

- 1° de duur van het contract;
- 2° de aard van de dienstverlening;
- 3° de opvangtijden;
- 4° de manier waarop contact kan worden opgenomen;
- 5° de hoofdlijnen van het opvangconcept vermeld in de bijlage van dit besluit;
- 6° de ouderbijdragen;
- 7° de rechten en plichten van de personen belast met de opvoeding;
- 8° de rechten en plichten van de zelfstandige onthaalouders;
- 9° de duur van de opzeggingstermijn;
- 10° de informatie over de in artikel 26 vermelde mogelijkheid om zich tot het centrum te wenden;
- 11° in voorkomend geval gegevens over de mogelijkheid om stagiairs op te nemen;
- 12° de aanbeveling, gericht aan de personen belast met de opvoeding van de opgevangen kinderen, om hun kinderen overeenkomstig de richtlijnen van het centrum te laten inenten.

Indien de zelfstandige onthaalouders de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding, vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang, overeenkomstig § 2 toepassen, bevat het opvangcontract vermeld in het tweede lid bovendien ook het bedrag van de verminderde ouderbijdragen.

§ 2 – De zelfstandige onthaalouders kunnen de tabel over de kostenbijdrage van de personen belast met de opvoeding vermeld in de bijlage van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang toepassen, als de personen belast met de opvoeding aanspraak kunnen maken op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging. Daartoe dienen de personen belast met de opvoeding een afzonderlijk bewijs in bij de zelfstandige onthaalouders voordat het contract wordt gesloten.

Als de personen belast met de opvoeding in de loop van de opvangperiode het recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging verwerven, kunnen de zelfstandige onthaalouders de tabel vermeld in het eerste lid toepassen, als de personen belast met de opvoeding het desbetreffende bewijs indienen bij de zelfstandige onthaalouders.

§ 3 – De verminderde ouderbijdragen worden berekend op basis van het gecumuleerde maandelijks netto-inkomen van het gezin van de personen belast met de opvoeding.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder netto-inkomen verstaan: het netto-inkomen bedoeld in artikel 6 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992.

Echtgenoten, feitelijk samenwonenden en alleenstaanden worden voor de toepassing van dit artikel als een gezin beschouwd.

De referentiemaand voor de berekening van de kostenbijdrage bij het begin van de opvang is de maand die aan het begin van de opvang voorafgaat. Indien die maand op grond van de actuele situatie van het gezin niet representatief is, geldt de eerstvolgende representatieve maand als referentiemaand. Daartoe dienen de personen belast met de opvoeding de desbetreffende inkomens-

bewijzen in bij de zelfstandige onthaalouders.

Als de personen belast met de opvoeding in de loop van de opvangperiode hun recht op een verhoogde tegemoetkoming van de verzekering voor geneeskundige verzorging verliezen, delen ze dat onmiddellijk mee aan de zelfstandige onthaalouders. Vanaf de maand nadat de wijziging zich heeft voorgedaan, passen de zelfstandige onthaalouders de ouderbijdrage toe overeenkomstig § 1, tweede lid, 6°.

§ 4 – De opvang begint pas nadat het opvangcontract door alle partijen is ondertekend.

Alle wijzigingen van dit contract worden schriftelijk vastgelegd."

Art. 5 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 29.1 – De zelfstandige onthaalouders kunnen pedagogisch en technisch materiaal krijgen. Als de activiteit binnen drie jaar na ontvangst van het materiaal wordt stopgezet, overhandigen de zelfstandige onthaalouders het door de Duitstalige Gemeenschap aangeschafte materiaal aan het centrum."

Art. 6 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 29.2 – § 1 – De zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in hoofdberoep uitoefenen in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen, kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 861,57 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

Zelfstandige onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen uitoefenen in bijberoep of in een gelijkwaardig statuut overeenkomstig artikel 37 van het "koninklijk besluit van 19 december 1967 houdende algemeen reglement in uitvoering van het koninklijk besluit nr 38 van 27 juli 1967, houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen" kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 574,38 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

Het maximumaantal opvangplaatsen dat met toepassing van het eerste en het tweede lid wordt gesubsidieerd, is beperkt tot het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 19, § 1.

§ 2 – Indien de zelfstandige onthaalouders hun activiteit definitief of tijdelijk voor een ononderbroken periode van meer dan een maand stopzetten of indien hun erkenning overeenkomstig artikel 43 wordt ingetrokken, moeten zij de subsidie in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen terugbetalen.

In afwijking van het eerste lid hoeven de zelfstandige onthaalouders de subsidie niet in verhouding tot het aantal niet-gewerkte dagen terug te betalen, wanneer zij hun activiteit gedurende hoogstens zes maanden stopzetten op grond van een door een arts uitgereikt ziekteattest."

Art. 7 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.3 ingevoegd, luidende:

"Art. 29.3 – De zelfstandige onthaalouders die minder inkomsten hebben ten gevolge van verminderde ouderbijdragen vastgesteld met toepassing van artikel 23, § 2, kunnen een aangepaste subsidie ontvangen die gelijk is aan het verschil tussen de door de zelfstandige onthaalouders vastgestelde ouderbijdrage en de verminderde ouderbijdragen vastgesteld met toepassing van artikel 23, §§ 2 en 3.

De subsidie wordt toegekend voor de opvang van hoogstens één opvangplaats voor baby's en peuters. Indien de plaats niet het hele jaar bezet is, wordt de subsidie berekend in verhouding tot het aantal niet-bezette dagen."

Art. 8 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 29.4 ingevoegd, luidende:

"Art. 29.4 – De zelfstandige onthaalouders vragen de subsidies vermeld in de artikelen 29.2 en 29.3 aan via het webportaal voor de toewijzing van de kinderopvangplaatsen."

Art. 9 – Artikel 30 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 19 april 2018, wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"De zelfstandige onthaalouders die minstens 15 uur per jaar aan de door het centrum aangeboden of goedgekeurde voortgezette opleidingen deelnemen, ontvangen een jaarlijks forfaitair bedrag van 101,57 euro.

De zelfstandige onthaalouders die minstens 20 uur per jaar aan de door het centrum aangeboden of goedgekeurde voortgezette opleidingen deelnemen, ontvangen een jaarlijkse forfaitair bedrag van 135,42 euro."

Art. 10 – Artikel 32 van hetzelfde besluit wordt aangevuld met een tweede en een derde lid, luidende:

"Om de subsidie voor aanneembare werkingskosten overeenkomstig artikel 29.2 te ontvangen, dienen de zelfstandige onthaalouders uiterlijk op 1 november van het lopende jaar een aanvraag in bij het departement via een formulier dat door de Minister ter beschikking wordt gesteld, vergezeld van het bewijs van betaling van de socialezekerheidsbijdragen of van vrijstelling van betaling van de socialezekerheidsbijdragen.

Om de aangepaste subsidie overeenkomstig artikel 29.3 te ontvangen, dienen de zelfstandige onthaalouders een aanvraag in bij het departement via een formulier dat door de Minister ter beschikking wordt gesteld, vergezeld van het bewijs van verhoogde tegemoetkoming in de verzekering voor geneeskundige verzorging van de personen belast met de opvoeding en vergezeld van het opvangcontract."

Art. 11 – In artikel 48 van hetzelfde besluit worden de woorden "de artikelen 18, § 1, en 19" vervangen door de woorden "artikel 18, § 1, artikel 19 en artikel 29.2, § 1,".

Art. 12 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 50.1 ingevoegd, luidende:

"Art. 50.1 – De zelfstandige mede-onthaalouders die hun activiteit in hoofdberoep uitoefenen in de zin van de sociale zekerheid voor zelfstandigen, kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 1.148,77 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

De zelfstandige mede-onthaalouders die hun activiteit in de zin van de sociale zekerheid voor

zelfstandigen uitoefenen in bijberoep of in een gelijkwaardig statuut overeenkomstig artikel 37 van het "koninklijk besluit van 19 december 1967 houdende algemeen reglement in uitvoering van het koninklijk besluit nr 38 van 27 juli 1967, houdende inrichting van het sociaal statuut der zelfstandigen" kunnen een subsidie voor aanneembare werkingskosten krijgen ten belope van hoogstens 861,57 euro per opvangplaats per jaar. De aanneembare werkingskosten omvatten zowel de kosten voor de aanschaf van pedagogisch materiaal als de kosten voor inrichting en uitrusting.

De subsidie wordt uitbetaald aan de mede-onthaalouder met wie de personen belast met de opvoeding van het betrokken kind het opvangcontract hebben gesloten.

Indien in het kader van een gemeenschappelijke opvang een andere mede-onthaalouder het betrokken kind opvangt, dan heeft die onthaalouder recht op het daarmee overeenstemmende gedeelte van de subsidie. Dat gedeelte wordt berekend op basis van de werkelijke opvangdagen.

Het maximumaantal opvangplaatsen dat met toepassing van het eerste en het tweede lid wordt gesubsidieerd, is beperkt tot het maximumaantal baby's en peuters dat tegelijkertijd kan worden opgevangen, vermeld in artikel 50, §§ 1 en 2."

Art. 13 – In hetzelfde besluit, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 19 januari 2017 en 19 april 2018, wordt een artikel 50.2 ingevoegd, luidende:

"Art. 50.2 – De aangepaste subsidie vermeld in artikel 29.3 wordt uitbetaald aan de zelfstandige mede-onthaalouder met wie de personen belast met de opvoeding van het betrokken kind het opvangcontract hebben gesloten.

Indien in het kader van een gemeenschappelijke opvang een andere mede-onthaalouder het betrokken kind opvangt, dan heeft die onthaalouder recht op het daarmee overeenstemmende gedeelte van de aangepaste subsidie. Dat gedeelte wordt berekend op basis van de werkelijke opvangdagen."

Art. 14 – De bepaling onder 4° van de bijlage van hetzelfde besluit wordt aangevuld met de woorden ", met uitzondering van de verminderde ouderbijdragen vermeld in artikel 23 § 2".

Art. 15 – Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2021, met uitzondering van:

1° artikel 9, dat uitwerking heeft met ingang van 1 januari 2020;

2° artikel 8, dat in werking treedt op de datum die de Minister bepaalt.

Art. 16 – De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek
L. KLINKENBERG